

Pressemitteilung vom 16.02.2023

Abschottung ist keine Lösung – für massive Investitionen in die kommunale Infrastruktur

„Es ist unbestritten, dass es vielerorts in Deutschland einen Mangel an bezahlbaren Wohnungen und zu wenige Kitaplätze gibt. Aber diese Probleme können nicht gelöst werden, indem Grenzen abgeschottet und Abschiebungen forciert werden. Asyl ist ein Menschenrecht, für das es keine Obergrenze gibt! Anstatt Geflüchtete auszugrenzen, müssen Bund, Länder und Kommunen langfristig und in großem Umfang in bezahlbaren Wohnraum und die öffentliche Infrastruktur investieren. Wieso gibt es dazu eigentlich keinen Gipfel?“, fragt die fluchtpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Clara Bünger, angesichts des heute stattfindenden Flüchtlingsgipfels. Bünger weiter:

„Mit sofortiger Wirkung muss zudem das starre Verteilsystem für Asylsuchende aufgehoben werden. Wenn ankommende Menschen die Möglichkeit haben, bei Verwandten oder Freund:innen unterzukommen, muss ihnen das ermöglicht werden. Die positiven Erfahrungen bei der Aufnahme der Ukrainegeflüchteten haben gezeigt, wie wirksam staatliche Aufnahmestrukturen auf diese Weise entlastet werden können.“

Clara Bünger
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sprecherin für Flucht- und Rechtspolitik
clara.buenger@bundestag.de
clarabuenger.de

Clara Bünger
Die Linke